



Medienkonferenz
Schweizer Wirtschaft gegen Minarettverbot
Montag, 2. November 2009

Es gilt das gesprochene Wort

Arbeitnehmer aus verschiedenen Kultur- und Religionsgemeinschaften respektieren sich gegenseitig

Dr. Rudolf Stämpfli, Präsident Schweizerischer Arbeitgeberverband

Sehr geehrte Damen und Herren

Auch die Arbeitgeberschaft steht für ein überzeugtes Nein zur Minarett-Initiative ein. Die Gründe dafür sind vielfältig. Als Arbeitgeber beschäftigen wir in unseren Firmen Menschen aus unterschiedlichen Kulturen und Religionsgemeinschaften. Ein Blick in unsere Betriebe zeigt, dass sich die Angehörigen dieser verschiedenen Kulturen untereinander verstehen, dass sie in der Regel gut integriert sind und sich gegenseitig respektieren. Zu diesem erfreulichen Zusammenleben trägt ohne Zweifel der liberale und tolerante Geist der Schweiz mit der in der Verfassung garantierten Glaubens- und Religionsfreiheit bei.

Viele Betriebe sind auf diese Arbeitnehmenden angewiesen, denn ohne sie stünden buchstäblich viele Maschinen still. Ebenso wichtig ist, dass sich diese Menschen hier wohl fühlen und die Sitten und Gebräuche ihrer Religionsgemeinschaften leben und praktizieren können. Zwingend ist dabei aber, dass – wer von aussen kommt – die schweizerischen Gesetze respektiert und sich an diese hält. Das gilt für jeden Bereich. Auch der Bau von Minaretten ist dabei ganz klar durch entsprechende Bauvorschriften geregelt. Sollten durch irgendwelche «Extremisten» (auch beim Bau von Minaretten) schweizerische Gesetze verletzt werden, so hat die Schweiz die notwendigen Rechtsmittel, dies zu verhindern. Ein Verbot von Minaretten ist deshalb überflüssig.

Ein Minarettverbot widerspricht fundamental dem freiheitlichen Credo, dem sich der Schweizerische Arbeitgeberverband verschrieben hat und das ich auch persönlich hoch halte. Zudem steht ein solches Verbot im Widerspruch zur Tradition der Schweiz, ein offenes und tolerantes Land mit hoch gehaltenen humanitären und demokratischen Werten zu sein. Das Minarettverbot ist zutiefst unschweizerisch, verstösst gegen internationales Recht und sendet ein völlig falsches Signal an unsere Partner in der ganzen Welt. Dabei geht es nicht nur um die Muslime. Aber diese werden mit einem Minarettverbot geradezu provoziert, mit der Gefahr von wirtschaftlichen Retourkutschen aus Ländern mit bedeutenden muslimischen Bevölkerungsgruppen. Boykotte von Schweizer Produkten und Unternehmen mit entsprechenden Konsequenzen für die hiesigen Arbeitsplätze wären die Folge. Aus all diesen Gründen verdient die Initiative aus Arbeitgebersicht ein klares Nein!